

Die prägnantesten Antworten der Parteien auf die BDM-Wahlprüfsteine – direkt zitiert

Frage	CDU / CSU	SPD	B90 / Grüne	FDP	DIE LINKE
Das BKartA hat in der Sektoruntersuchung Milch bereits 2012 ein starkes Marktgefälle zu Ungunsten der Erzeuger gegenüber den Molkeereien festgestellt. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktsituation der Landwirtschaft gegenüber dem Sekundärsektor deutlich und nachhaltig zu verbessern?	„Wir wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern.“ „Wir wollen, dass Kooperationsmodelle und Genossenschaften mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, damit landwirtschaftliche Familienbetriebe erhalten bleiben.“	„Die Stärkung der Landwirtschaft gegenüber den Abnehmern ist der SPD ein großes Anliegen. Dafür brauchen wir andere Strukturen, die die Abhängigkeiten auflösen. Erst vor wenigen Wochen konnten wir das Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich für mehr Fairness in der Agrar- und Lebensmittellieferkette durchsetzen.“	„Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Artikel 148 GMO im Agrarmarktstrukturgesetz im Rahmen der Verordnungsermächtigung § 6a AgrarMSG umgesetzt und damit der Abschluss von umfassenden schriftlichen Verträgen verpflichtend eingeführt wird.“	„Wir Freie Demokraten wollen die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, grundsätzlich stärken.“ „Wir wollen zudem die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um ein Level-playingfield für alle Marktteilnehmer zu schaffen.“	„Für eine Verhandlung auf Augenhöhe zwischen Landwirt:innen und Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen fordert DIE LINKE das Verbot aller unlauteren Handelspraktiken über eine Generalklausel, inklusive des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten.“
Mehr als 2/3 der dt. Milch wird von Genossenschaften verarbeitet. Vor allem dort ist vom BKartA ein sehr schwaches Interesse an höheren Erlösen für Milchprodukte bestätigt worden. Wird Ihre Partei eine Reform des Genossenschaftsrechts anstreben, um die Marktmacht in diesem Bereich auszuhebeln?	„Landwirte sitzen mit am Tisch und haben Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen der Molkereien. Sie müssen ihre Verantwortung wahrnehmen.“ „Langfristig höhere Erlöse für Milchprodukte setzen eine entsprechende Wertschöpfung voraus.“	„Ja, wir werden prüfen, wie wir das Genossenschaftsrecht besser ausgestalten können. Gerade in der Landwirtschaft stehen viele kleinere Landwirtschaftsbetriebe größeren verarbeitenden Genossenschaften gegenüber. Darum wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften verbessern.“	„Einige Großgenossenschaften stellen jedoch nicht mehr den Förderzweck ihrer Mitglieder, sondern die reine Gewinnmaximierung in den Mittelpunkt ihres Wirtschaftens. Bei den Molkereigenossenschaften sind die Milchbauer*innen die Verlierer des Systems. Insbesondere das Prinzip der Andienungspflicht und der Abnahmegarantie benachteiligt die Milchbauer*innen und führt zu extremen Abhängigkeiten.“	„Wir Freie Demokraten sehen eine ordnungspolitische Verantwortung des Gesetzgebers dafür, den marktwirtschaftlichen und mengenregulierenden Preismechanismus in der gesamten Wertschöpfungskette funktionsfähiger zu machen.“ „Unserer Ansicht nach gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht daher dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen.“	„Gerade für DIE LINKE ist eine Förderung des genossenschaftlichen Gedankens im Sinne von kooperativen, demokratischen Mitbestimmungsprozessen sehr wichtig. Die Aufweichung der Ideale dieser demokratischen Rechts- und Unternehmensform hat DIE LINKE immer kritisiert.“ „Über das Genossenschaftsrecht muss wieder gesichert werden, dass wo Genossenschaft draufsteht auch Genossenschaft drinsteckt.“

Die prägnantesten Antworten der Parteien auf die BDM-Wahlprüfsteine – direkt zitiert

Frage	CDU / CSU	SPD	B90 / Grüne	FDP	DIE LINKE
Die Unterdeckung der Milcherzeugungskosten beläuft sich seit vielen Jahren in Größenordnung von rund 30%. Welche Überlegungen verfolgt Ihre Partei, um die Situation der Milcherzeuger nachhaltig zu verbessern?	„Als erstes müssen die Milchviehbetriebe sich wettbewerbs- und zukunftsfähig aufstellen.“ „Zweitens müssen die Kosten für hohe Standards und besondere Leistungen zusätzlich honoriert werden.“	„Entscheidend bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Milchproduktion werden zudem regionale Wertschöpfungsketten sein, die idealerweise durch eine gezielte öffentliche Beschaffung für die Gemeinschaftsverpflegung ermöglicht werden.“	„Wir wollen, dass die künftige Bundesregierung überprüft, inwieweit der Verkauf von Lebensmitteln unter den Produktionskosten als unlautere Handelspraktik im Agrarmarktstrukturgesetz verankert werden kann.“ „Daher setzen wir GRÜNE uns darüber hinaus für ein Verbot der nachträglichen Preisfestlegung des Milchauszahlungspreises ein.“	„Wir Freie Demokraten sehen die vielschichtigen Probleme der zunehmenden Kostenunterdeckung in der Milcherzeugung in Deutschland. Eine wesentliche Ursache liegt unserer Ansicht nach in der durch stetig wachsende Auflagen und Regulierung induzierten Kostensteigerung für die Landwirte - von steigenden Energiepreisen bis steigenden Lohn- und Futterkosten.“	„DIE LINKE setzt sich für ein Verbot des Einkaufs von Lebensmitteln unterhalb der Erzeugungskosten ein und setzt beispielsweise auf ein solidarisches, nachfrageorientiertes Milchmengenmanagement.“ „DIE LINKE kämpft für eine strategische Abkehr von der Exportorientierung auf sozial und ökologisch blinde globale Märkte mit Preis- und Standardunterbietungswettbewerb, die nur die Profite von internationalen Konzernen sichern.“
Wird sich Ihre Partei für die Definition der Milchviehhalter/Landwirtschaft als eigene Branche innerhalb der Wertschöpfungskette – wie von uns in der BDM-Sektorstrategie 2030 vorgeschlagen - für alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche einsetzen?	„Das Anliegen des BDM wollen wir gerne weiter prüfen. Allerdings gilt es zu bedenken, dass eine erfolgreiche Entwicklung des Milchsektors, die auch den Erzeugern zugutekommt, letztlich nur möglich ist, wenn Molkereien und Milchviehhalter zusammenarbeiten.“	„Die Verhandlungsposition der Milcherzeuger*innen gegenüber Molkereien und Lebensmittelunternehmen muss gestärkt werden.“ „Die Gründung von Branchenverbänden bzw. einer Branchenorganisation im Bereich der Milchwirtschaft kann ein sinnvoller Weg sein.“	„Ja, wir GRÜNE setzen und auf europäischer Ebene für die Anerkennung der Milchbäuer*innen als eigenständige Branche ein, und möchten somit auf EU-Ebene ein eigenverantwortlich organisiertes Milchmarktmanagement möglich machen.“	„Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass Branchenorganisationen, die sich mit einer Verbesserung der Markttransparenz oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen, für den Milchsektor durchaus von Nutzen sein können.“	„DIE LINKE unterstützt die Bestrebungen, für die Milchviehhaltung eine eigene Branchenorganisation unabhängig der Molkereien zu erwirken, um sich dort gemeinschaftlich gegen erpresserische Strukturen von Molkereikonzernen und ihre Marktübermacht zu wehren.“

Die prägnantesten Antworten der Parteien auf die BDM-Wahlprüfsteine – direkt zitiert

Frage	CDU / CSU	SPD	B90 / Grüne	FDP	DIE LINKE
Das EU-Parlament hat sich für die Erweiterung des Sicherheitsnetzes für EU-Agrarmärkte um mengenbegrenzende Instrumente im Marktkrisenfall ausgesprochen und in den Trilogverhandlungen damit durchgesetzt. Unterstützt Ihre Partei diese Entwicklung zur Marktkrisenprävention	„Langfristig muss sich das Milchangebot entlang der Nachfrage orientieren.“ „CDU und CSU begrüßen daher die Bemühungen, dass Sicherheitsnetz auf europäischer Ebene im Hinblick auf kurzfristige Markterwerfungen weiter zu stärken. Entscheidend für den Erfolg von mengenbegrenzenden Instrumenten ist dabei jedoch die Ausgestaltung und Anwendung im Einzelfall. CDU und CSU streben an, dass die Marktsignale möglichst früh und transparent bei allen Milcherzeugern ankommen, damit diese als Marktteure im Marktkrisenfall schnell reagieren können.“	„Eine Mengenbegrenzung in schwierigen Marktlagen führt zu einem extremen Bürokratieaufwand und kann das Problem nicht lösen: 70 Prozent der Milchbauern sind Teil von Genossenschaften. Diese Lieferanten*innen hätten es grundsätzlich in der Hand, entsprechende Änderungen in der Satzung/ Lieferordnung herbeizuführen oder ggf. aus der Genossenschaft auszuscheiden. Ein Milchmarkt-Krisenmanagement auf EU-Ebene wurde bereits in mehreren Studien als nicht zielführend beurteilt. Der Bund hilft Milcherzeugern*innen bereits heute, indem Interventions- und Krisenmaßnahmen der EU national umgesetzt finden. Diese werden durch nationale Maßnahmen ergänzt. In Krisen stand man den Betrieben finanziell und marktentlastend zu Seite.“	„Ja, wir GRÜNE unterstützen mengenbegrenzende Instrumente auf europäischer Ebene als ultima ratio im Marktkrisenfall. Denn ein zielführendes Milchmarkt-Krisenmanagement muss eine schnelle Reaktion der Milcherzeugern*innen auf Marktveränderungen ermöglichen, indem es Milchüberschüsse frühzeitig und konsequent vermeidet. Hierfür braucht es ein transparentes europaweites Frühwarnsystem.“	„Wir Freie Demokraten lehnen staatliche und zentralverwaltungswirtschaftliche Mengenregulierungen sowie mengenbegrenzende Instrumente am Milchmarkt ab. Stattdessen stehen wir für eine liberale Ordnungspolitik, die im Milchsektor endlich grundlegende Hürden für eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt.“	„DIE LINKE fordert schon lange ein nachfrageorientiertes Milchmengenmanagement. Die Orientierung auf eine möglichst hohe Produktion für einen krisenanfälligen Weltmarkt alleine zeigt die von uns oft kritisierte Schattenseite volatiler Dumpingpreise.“ „Nachfrageorientierung hilft nicht nur bei einer Stabilisierung fairer Erzeugungs- und bezahlbarer Lebensmittelpreise, sondern verhindert Milchseen und Butterberge auf Kosten des Klimas.“

Die prägnantesten Antworten der Parteien auf die BDM-Wahlprüfsteine – direkt zitiert

Frage	CDU / CSU	SPD	B90 / Grüne	FDP	DIE LINKE
Seit Jahrzehnten ist die Europäische Agrarpolitik geprägt von der Zielsetzung, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und Agrarprodukte zu exportieren. Wie bewertet Ihre Partei diese Zielsetzung?	„Durch die Politik von CDU und CSU ist es gelungen, dass sich die EU-Agrarpolitik mit der neuen GAP noch nachhaltiger aufstellt. Bei Produkten mit mehr als 100-prozentigen Selbstversorgungsgrad, wie zum Beispiel der Milch, trägt aber der Agrarexport nicht nur zur weltweiten Versorgung bei, sondern auch zur Sicherung unserer Betriebe. Der Agrarhandel schwächt die regionalen Strukturen nicht, sondern stärkt sie.“ „Voraussetzungen sind faire Handelsregeln, die die hohen Standards der EU-Landwirtschaft respektieren und schützen.“	„Wir brauchen einen Systemwechsel in der Landwirtschaft und Ernährung, weg von der bisherigen Exportorientierung und hin zu regionalen Nährstoff- und Wirtschaftskreisläufen.“ „Mit importierten Futtermitteln hiesige Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft nicht vermittelbar und für Landwirtinnen und Landwirte auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar.“ „Öffentliche Gelder sollten künftig für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Erhalt unserer Kulturlandschaft eingesetzt werden.“	„Wir wollen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU zu einem Instrument für eine sozial-ökologische Agrarpolitik wird – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft. Wir GRÜNE wollen eine Reform, damit die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden.“ „Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.“	„Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten und fairen Freihandels wird, denn dieser schafft beidseitig Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung. Voraussetzung, vor allem im internationalen Agrarhandel, ist allerdings, dass gleiche Umwelt- und Qualitätsstandards für die Handelspartner gelten.“ „Die Bundesregierung muss innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegenreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen.“	„Aus Sicht der LINKEN ist diese konzernfreundliche Strategie gescheitert, weil sie die regionalen Wirtschaftskreisläufe und damit die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft und in den ländlichen Regionen benachteiligt, Agrarbetriebe aufgeben oder Menschen aus Dörfern abwandern müssen.“

Die prägnantesten Antworten der Parteien auf die BDM-Wahlprüfsteine – direkt zitiert

Frage	CDU / CSU	SPD	B90 / Grüne	FDP	DIE LINKE
Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat den Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl beschlossen, der von der Gesellschaft mitgetragen und finanziert werden soll. Unterstützt Ihre Partei die Forderungen der ZKL und wo sehen Sie konkrete Umsetzungspunkte?	„Deshalb begrüßen wir, dass der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) ein breiter Interessenausgleich gelungen ist und sie klargestellt hat, dass wir eine nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft in Deutschland brauchen, deren zukunftsfähige Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wir werden die Ergebnisse zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Detail auswerten und die Empfehlungen bei der Gestaltung der Agrarpolitik würdigen.“	„Die SPD unterstützt dieses Anliegen vollumfänglich.“ „Die nationale Umsetzung der GAP ist ein erster Schritt hierzu: 25 % der Direktzahlungen, die aktuell noch pauschal nach der Größe der Fläche vergeben werden, sollen für neue Klima-, Naturschutz- und Umweltleistungen, s.g. Öko-Regelungen innerhalb der 1. Säule, eingesetzt werden. Dafür stehen jedes Jahr über 1 Mrd. Euro zur Verfügung.“	„Viele der Inhalte der Zukunftskommission Landwirtschaft - etwa die Qualifizierung der EU-Agrarzahllungen, der Umbau der Tierhaltung oder ein natur-, umwelt- und klimaverträglicher Pflanzenbau - sind für uns bereits seit Jahren Schwerpunkte und werden von uns dementsprechend unterstützt.“	„Wir Freie Demokraten wollen mit Innovationen und moderner Agrarpolitik Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden.“ „Wir sehen im Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft eine enorme Weichenstellung für die nächste Legislaturperiode. Hinsichtlich der Finanzierung sind wir der Auffassung, dass die GAP ein grundsätzliches Update benötigt.“	„Die Zukunftskommission hat viele der langjährigen Kritikpunkte der LINKEN aufgegriffen. Die geforderten Nachhaltigkeitskriterien der Zukunftskommission weisen in die richtige Richtung und ermutigen zu engagierteren Zielen. Allerdings werden auch wichtige Aspekte außer Acht gelassen, wie z. B. dass die Profitierenden des falschen Systems für die Finanzierung der Umgestaltung und der laufenden Kosten in Verantwortung genommen werden müssen.“
Die Borchert-Kommission hat Ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Tierhaltung vorgelegt. Hält Ihre Partei die dort festgelegten Änderungen und deren finanzielle Ausstattung für ausreichend?	„Wir werden unsere Landwirte beim Umbau der Tierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission unterstützen, das Finanzierungsmodell über staatliche Verträge absichern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten.“	„Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung sind eine Grundlage für weitere Diskussionen über die Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung und werden noch weiterentwickelt.“	„Wir GRÜNE unterstützen daher sinnvolle Vorschläge der Borchert-Kommission, sehen aber in den Bereichen Tiererschutz und Finanzierung noch ungeklärte Fragen und Ergänzungsbedarf.“	„Wir halten es für wichtig, dass die sogenannte Borchert-Kommission zunächst den Finanzbedarf für einen Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl beziffert hat. Eine Finanzierung über eine zusätzliche Belastung der Verbraucher in Form von zusätzlichen Steuern oder Steuererhöhungen lehnen wir jedoch klar ab.“	„DIE LINKE begrüßt das Vorhaben eines langfristigen, gesellschaftlich akzeptierten Leitbilds für die Tierhaltung in Deutschland. Die Betriebe brauchen die Planungs- und Rechtssicherheit für eine langfristige Entwicklung. Wir halten mehr Ambitionen im Bereich Tierschutz, Umweltschutz und soziale Absicherung und Entlastung für notwendig.“